

IW-Trends

Beschäftigungsdynamik im Niedriglohnsektor

Holger Schäfer

IW-Trends 4/2024

Vierteljahresschrift zur
empirischen Wirtschaftsforschung
Jahrgang 51



Herausgeber

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.

Postfach 10 19 42
50459 Köln
www.iwkoeln.de

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Das IW in den sozialen Medien

X
x.com@iw_koeln

LinkedIn
[@Institut der deutschen Wirtschaft](#)

Facebook
[@IWKoeln](#)

Instagram
[Instagram@IW_Koeln](#)

Verantwortliche Redakteure

Prof. Dr. Michael Grömling

groemling@iwkoeln.de
0221 4981-776

Holger Schäfer

schaefer.holger@iwkoeln.de
030 27877-124

**Alle Studien finden Sie unter
www.iwkoeln.de**

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung erhalten Sie über lizenzen@iwkoeln.de.

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

ISSN 1864-810X (Onlineversion)

© 2024
Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH
Postfach 10 18 63, 50458 Köln
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-450
iwmedien@iwkoeln.de
iwmedien.de

Beschäftigungsdynamik im Niedriglohnsektor

Holger Schäfer, Oktober 2024

Zusammenfassung

Rund 13 Prozent der Bevölkerung im Erwerbsalter oder 19 Prozent der Arbeitnehmer waren im Jahr 2021 zu einem Niedriglohn beschäftigt. Damit nimmt das Ausmaß von Niedriglohnbeschäftigung weiter ab. Niedriglohnbeschäftigte waren in ihrer Erwerbsbiografie zwar bereits häufig zuvor zum Niedriglohn beschäftigt, was auf unzureichende Aufstiegschancen hindeuten könnte. Dennoch spielt der Niedriglohnsektor eine wichtige Rolle beim Einstieg in Arbeit und für den sozialen Aufstieg. Wer eine Niedriglohnbeschäftigung neu aufnahm, reduzierte dadurch dauerhaft seine Armutsgefährdung um knapp 6 Prozentpunkte oder knapp ein Viertel. Politische Maßnahmen, den Niedriglohnsektor einzuhegen, laufen daher Gefahr, diese Aufstiegsmöglichkeiten zu verbauen. Stattdessen sollten Rahmenbedingungen geschaffen werden, die den Aufstieg in höhere Lohnsegmente erleichtern. Dazu gehören zum Beispiel Möglichkeiten zur Qualifizierung und Anreize, die individuelle Arbeitszeit über eine geringfügige Beschäftigung hinaus auszudehnen. Trotzdem ist für die Wahrscheinlichkeit des Aufstiegs aus Niedriglohnbeschäftigung in höhere Lohnsegmente eine Pfadabhängigkeit festzustellen: Betrachtet wird ein Dreijahreszeitraum aus Vorjahr, aktuellem Jahr und Folgejahr und die Wahrscheinlichkeit eines Aufstiegs aus dem Niedriglohnbereich im aktuellen Jahr heraus in höhere Lohnsegmente im Folgejahr. Die Chance eines solchen Aufstiegs ist um 14 Prozentpunkte geringer, wenn im Vorjahr auch schon eine Niedriglohnbeschäftigung bestand. Um Ansatzpunkte zur Reduzierung dieser Pfadabhängigkeiten zu finden, besteht weiterer Forschungsbedarf.

Stichwörter: Niedriglohn, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit

JEL-Klassifikation: J31, J38

DOI: 10.2373/1864-810X.24-04-02

Kontext und Fragestellung

Ausmaß und Strukturen von Beschäftigung im Niedriglohnsektor sind für eine Reihe wirtschaftspolitischer Entscheidungen von großem Interesse. Häufig sind Politikmaßnahmen darauf ausgerichtet, den Niedriglohnsektor in seiner Größe zu begrenzen, da seine Existenz als soziales Problem wahrgenommen wird (Pusch/Schulten, 2019). Die Festlegung der Höhe des Mindestlohns ist zum Beispiel ein Instrument, das in diesem Kontext ungeachtet seiner gesetzlichen Regelbasierung häufig Gegenstand einer politischen Debatte ist. Ähnliches gilt für Maßnahmen zur Stärkung der Tarifbindung. Mitunter wird die Entwicklung des Niedriglohnssektors auch in einen Zusammenhang mit den Arbeitsmarktreformen der frühen 2000er Jahre gebracht (Dütsch/Himmelreicher, 2020, 162; Grabka, 2024, 72). Die dabei vertretene These lautet, dass die Agenda-Reformen die Entstehung oder Ausweitung des Niedriglohnssektors begünstigt hätten.

Der Grundgedanke hinter dem Wunsch der Begrenzung der Größe des Niedriglohnssektors ist, dass eine Reduzierung von Niedriglohnbeschäftigung mit einer zumindest annähernd äquivalenten Erhöhung der Beschäftigung zu höheren Löhnen verbunden sei. Da sich die Niedriglohngrenze aus dem mittleren Lohn herleitet, ist dies gleichbedeutend mit einer Stauchung der Lohnstruktur, ohne dass diese zu Beschäftigungseffekten führen würde. Die Ambivalenz von Niedriglohnbeschäftigung und Beschäftigung zu höheren Löhnen kann jedoch nicht ohne Weiteres vorausgesetzt werden. Vielmehr sind Ein- und Austritte in oder aus dem Niedriglohnsektor häufig mit Ein- oder Austritten in oder aus Erwerbstätigkeit verbunden (Schäfer/Schmidt, 2012; Grabka/Göbler, 2020; Schäfer, 2021). Vor diesem Hintergrund muss in Betracht gezogen werden, dass eine gesetzlich veranlasste Begrenzung des Niedriglohnssektors Nebenwirkungen haben kann, indem insbesondere produktivitätsschwachen Arbeitnehmern der Zugang in den Arbeitsmarkt erschwert wird. Das kann zur Folge haben, dass für diese auch die sukzessive Verbesserung des individuellen Produktivitätspotenzials durch berufliche Erfahrungen (Schnabel, 2016) weniger zum Tragen kommt.

Bei der Betrachtung der Entwicklung des Niedriglohnssektors ist daher die Einbeziehung der individuellen Längsschnittperspektive sinnvoll. Die sich daraus ergebenden Fragestellungen lauten, aus welchen Arbeitsmarktsegmenten sich Niedriglohnbeschäftigte rekrutieren, welche Persistenz die Beschäftigung im Niedriglohnbereich hat und in

welche Arbeitsmarktsegmente Beschäftigte eintreten, wenn sie den Niedriglohnsektor verlassen. Von Bedeutung ist ferner, wie sich die soziale Lage beim Eintritt in Niedriglohnbeschäftigung verändert.

Definitionen und Datenquelle

Die Definition der Niedriglohnbeschäftigung setzt am Bruttostundenlohn an. Üblich – wenngleich nicht zwingend, sondern lediglich eine Konvention – ist eine Niedriglohngrenze von zwei Dritteln des mittleren Stundenlohns. Die betrachtete Grundgesamtheit beschränkt sich im Folgenden auf abhängig Beschäftigte im Haupterwerb, da Selbstständige ein Stundenlohn nicht sinnvoll zuzuordnen ist. Ausgeschlossen werden ferner Auszubildende, Praktikanten und Ähnliche, da die Ausbildungsvergütung nicht als Entlohnung für geleistete Arbeit aufgefasst werden kann. Nicht berücksichtigt werden zudem Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten oder vergleichbaren Maßnahmen öffentlich geförderter Beschäftigung. Aus Plausibilitätserwägungen bleiben Beschäftigte, die einen Bruttostundenlohn unter 2 Euro angeben, ebenfalls unberücksichtigt. Sinnvoll ist des Weiteren eine Einschränkung des betrachteten Personenkreises auf das Alter von 15 bis 64 Jahren. Zwar können Rentner auch erwerbstätig sein. Bei ihnen kann aus einem geringen Erwerbseinkommen aber nicht auf soziale Problemlagen geschlossen werden, da mit der Rente mindestens eine weitere Einkommensquelle relevant ist.

Von beträchtlicher Bedeutung ist die verwendete Datenquelle. Grundsätzlich können Betriebs- oder Personendaten ausgewertet werden. Als Betriebsdatenquelle bietet sich in erster Linie die Verdiensterhebung des Statistischen Bundesamtes an. Der Vorteil deren Nutzung liegt in ihrer Aktualität: Zurzeit liegen Daten vom April 2023 vor, wenn auch nicht in einer längeren Zeitreihe. Der Nachteil von Betriebsbefragungen im Allgemeinen ist, dass in der Regel wenig individuelle Merkmale der Beschäftigten erhoben werden. Das gilt insbesondere für den Haushaltskontext – der zum Beispiel für die Bestimmung der sozialen Lage von Bedeutung ist – sowie die individuelle Längsschnittperspektive.

Da Niedriglohnbeschäftigung ein individuelles Merkmal ist, erscheint eine Personendatenquelle adäquat. Eine solche Quelle ist die aus Registerdaten der Bundesagentur für Arbeit gespeiste Beschäftigtenstatistik und daraus abgeleitete Stichproben. Der

Vorteil liegt hier vor allem in der hohen Zuverlässigkeit der Angaben, der großen Anzahl erfasster Fälle und der Möglichkeit, Längsschnitte abzubilden. Ein gewichtiger Nachteil liegt darin, dass mit der Arbeitszeit ein wesentliches Merkmal zur Bestimmung des Bruttostundenlohns nicht erfasst wird. Es wird lediglich grob zwischen Voll- und Teilzeit unterschieden. Eine Beschränkung der Analyse auf Vollzeitbeschäftigte löst das Problem nicht, weil erstens auch Vollzeitarbeitnehmer erheblich unterschiedliche Wochenarbeitszeiten aufweisen können und zweitens damit der Berichtskreis auf Arbeitnehmer beschränkt wird, bei denen Niedriglohnbeschäftigung eher untypisch ist.

Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) ist eine jährliche Wiederholungsbefragung von zuletzt rund 30.000 Personen (Goebel et al., 2019). Es bietet die Vorteile, dass eine große Anzahl persönlicher Merkmale erfasst wird – darunter auch der Haushaltskontext – und dass individuelle Längsschnittanalysen möglich sind. Die Nachteile bestehen in der begrenzten Stichprobengröße und den teilweise wenig verlässlichen Angaben (Schäfer, 2021; Grabka, 2024). Da das SOEP die einzige Datenquelle ist, die die Entwicklung individueller Bruttostundenlöhne im Längsschnitt darstellen kann, wird es für die folgenden Analysen zugrunde gelegt. Der Bruttostundenlohn errechnet sich dabei auf Basis des Bruttomonatseinkommens einschließlich Überstundenzuschläge, dividiert durch die tatsächliche Wochenarbeitszeit einschließlich Überstunden multipliziert mit 4,33. Der aktuelle Datenstand ist 2021, wobei für die folgenden Längsschnittauswertungen Daten aus den Jahren 2010 bis 2021 verwendet werden. Für das Jahr 2021 ergibt sich eine Niedriglohngrenze von 12,31 Euro.

Entwicklung des Niedriglohnsektors

Im Jahr 2021 betrug der Anteil der Beschäftigten mit einem Bruttostundenlohn unterhalb der Niedriglohnschwelle 20,3 Prozent aller abhängig Beschäftigten. Beschränkt man die Betrachtung auf Arbeitnehmer im Alter von 15 bis 64 Jahren, liegt der Niedriglohnanteil bei 18,9 Prozent (s. Linie in Abbildung 1). Im Zeitverlauf sind drei Phasen unterscheidbar: In einer ersten Phase von 1997 bis 2007 stieg der Anteil der Niedriglohnbeschäftigung an. In der anschließenden zweiten Phase war zunächst eine Seitwärtsbewegung zu beobachten, gefolgt von einem Zwischenhoch in den Jahren 2012 und 2013. Danach ging in der dritten Phase die Inzidenz von Niedriglohnbeschäftigung wieder zurück und erreichte 2021 das Niveau vom Beginn der 2000er

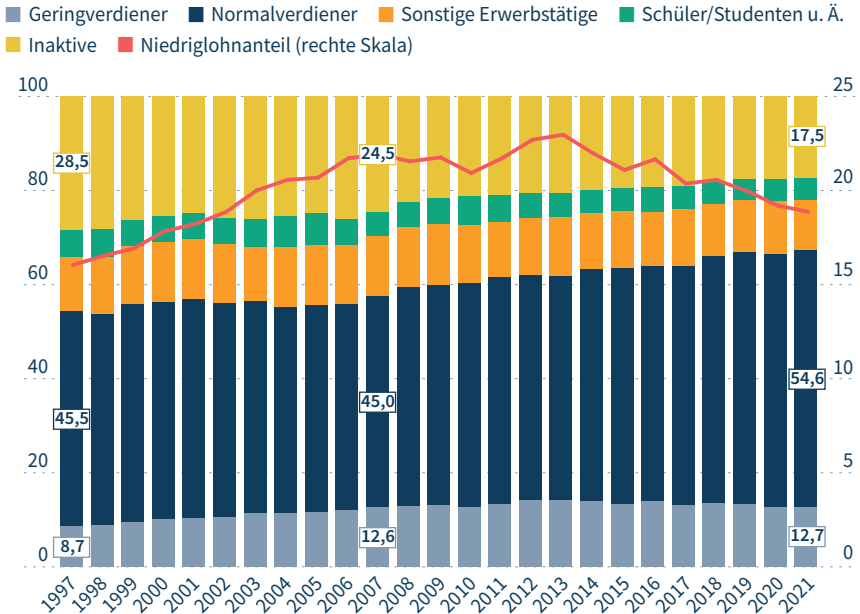
Jahre. Diese Befunde decken sich trotz unterschiedlicher Abgrenzungen im Detail weitgehend mit denen von Kalina (2024). Befunde aus der Verdiensterhebung des Statistischen Bundesamtes legen nahe, dass der Niedriglohnanteil im Jahr 2023 noch einmal deutlich zurückgegangen ist (Statistisches Bundesamt, 2024), möglicherweise eine Folge der Anpassungen der Lohnstruktur infolge der außerordentlichen Erhöhung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro im Oktober 2022.

Die vielfach vertretene These, dass die Agenda-Reformen und insbesondere die 2005 in Kraft getretene Hartz-IV-Reform die Ausbreitung des Niedriglohnsektors gefördert oder sogar ausgelöst habe, lässt sich mit der Entwicklung des Anteils der Niedriglohnbeschäftigung nicht bestätigen. Der überwiegende Anteil des Anstiegs fällt vielmehr in die Jahre 1997 bis 2006 und damit größtenteils in die Zeit vor der Hartz-IV-Reform – vor allem wenn berücksichtigt wird, dass ab dem Inkrafttreten der Reform bis zur Etablierung eines dadurch hervorgerufenen Niedriglohnsektors ein gewisser Zeitraum für die Entfaltung einer Wirkung in Rechnung zu stellen wäre. Eine Wirkung der Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns im Jahr 2015 lässt sich auch nicht zweifelsfrei ablesen. Zwar ging der Anteil der Niedriglohnbeschäftigung nach 2015 im Trend zurück, der Beginn dieses Trends lag aber bereits in den vorangegangenen Jahren.

Der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten an allen Beschäftigten im Zeitverlauf allein kann kein vollständiges Bild vermitteln. So könnte ein Anstieg einerseits auf eine saldierte Umwandlung einst gut bezahlter Arbeitsplätze in gering entlohnte Arbeit hindeuten. Andererseits könnte der Anstieg aber auch auf eine verbesserte Arbeitsmarktintegration geringproduktiver Arbeitnehmer zurückzuführen sein und damit das Resultat eines arbeitsmarktpolitischen Erfolgs darstellen. Weitreichendere Rückschlüsse lässt die Betrachtung der Niedriglohnbeschäftigung als Anteil an der Bevölkerung zu. Im Kontext mit den Anteilen der Bevölkerung, die zu höheren Löhnen beschäftigt sind oder in anderen Arrangements, die keine sinnvolle Zuordnung des Lohns zulassen, sowie Personen, die nicht erwerbstätig sind, lässt sich der Lohnstatus ableiten (s. Balken in Abbildung 1). Dieser umreißt die Bedeutung der Niedriglohnbeschäftigung im Kontext der Erwerbsbeteiligung: Wenn der Niedriglohnsektor allein deshalb zunimmt,

Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren nach Lohnstatus in Prozent

Abbildung 1



Sonstige Erwerbstätige: Selbstständige, Auszubildende u. Ä., Beschäftigte ohne Angabe zum Stundenlohn;
 Inaktive: Arbeitslose und Nichterwerbstätige.
 Quellen: SOEP v38.1; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 1: <https://dl.iwkoeln.de/index.php/s/d6MLreWZW32qLGL>

weil mehr Nichterwerbstätige eine gering entlohnte Beschäftigung aufgenommen haben, wird dies im Lohnstatus sichtbar, nicht aber im Anteil der Niedriglohnbeschäftigung an der gesamten Beschäftigung.

Aus der Betrachtung des Lohnstatus geht hervor, dass in der Phase der deutlichen Zunahme des Niedriglohnanteils in den Jahren 1997 bis 2005 einerseits der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten an der Bevölkerung zunahm und gleichzeitig der Anteil der Bevölkerung, die zu höheren Löhnen beschäftigt war, abnahm. Es fand mithin ein Tausch von Jobs mit höheren Löhnen hin zu Jobs mit geringeren Löhnen statt, auch

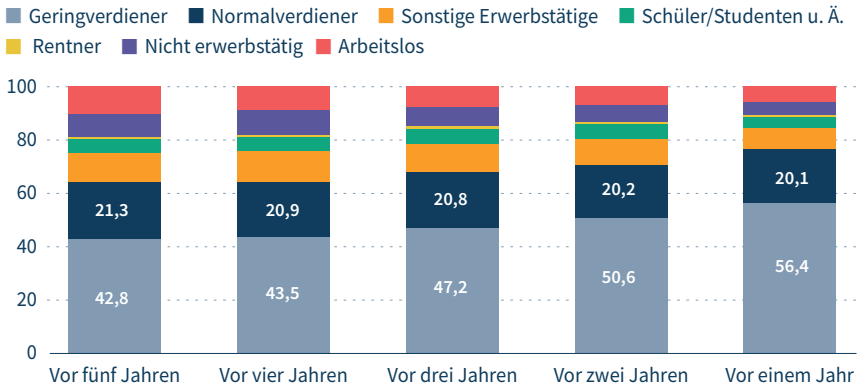
wenn der Gewinn der einen Seite nicht exakt dem Verlust der anderen Seite entsprach. Seit 2005 ist der Anteil der Bevölkerung mit Niedriglohnbeschäftigung weiter gestiegen, allerdings ist das zugrunde liegende Muster ein anderes. Denn im Zeitraum ab 2006 stieg zeitgleich mit der Niedriglohnbeschäftigung auch die Beschäftigung zu höheren Löhnen – und zwar in weit stärkerem Ausmaß. Das charakteristische Kennzeichen dieser Phase bestand mithin in einer Ausweitung der Erwerbsneigung, die sich mit einem Zuwachs von 12 Prozentpunkten zum größten Teil in höheren Lohnsegmenten realisierte und mit rund 1 Prozentpunkt nur zum kleineren Teil im Niedriglohnbereich. Seit 2013 geht der Anteil der Bevölkerung in Niedriglohnbeschäftigung sogar leicht zurück, während der Anteil der Bevölkerung in höheren Lohnsegmenten weiter zunimmt. In dieser Phase sind per saldo also Niedriglohnbeschäftigungsverhältnisse durch Beschäftigungsverhältnisse mit höheren Löhnen ersetzt und gleichzeitig neue Arbeitsplätze geschaffen worden.

Erwerbsstatus vor der Beschäftigung im Niedriglohnsektor

Deutlich über die Hälfte der Beschäftigten im Niedriglohnbereich war im Vorjahr auch schon im Niedriglohnsektor beschäftigt (Abbildung 2). Werden weitere vorangegangene Jahre berücksichtigt, fällt der Anteil geringer aus. Fünf Jahre zuvor waren nur 43 Prozent – also weniger als die Hälfte – der Niedriglohnbeschäftigten bereits im Niedriglohnsektor beschäftigt. Der Befund könnte auf eine gewisse Pfadabhängigkeit hindeuten, auch wenn diese Betrachtungsweise keine Auskunft darüber geben kann, ob eine betreffende Person die gesamten fünf Jahre ununterbrochen im Niedriglohnsektor beschäftigt war. Während mit der Anzahl der vorangegangenen Jahre der Anteil der Personen sinkt, die zuvor auch schon eine Niedriglohnbeschäftigung ausübten, ist der Anteil der Personen höher, die fünf Jahre zuvor gar nicht beschäftigt waren. Rund ein Fünftel aller Niedriglohnbeschäftigten war fünf Jahre zuvor entweder arbeitslos oder nichterwerbstätig, während es ein Jahr zuvor lediglich 11 Prozent waren. Das zeigt, dass Niedriglohnbeschäftigung in der längeren Frist eine Rolle für den (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt und den Verbleib spielt (Schäfer/Schmidt, 2014; Bönke et al., 2020). Mit einem Anteil von rund einem Fünftel bleibt der Anteil der Personen stabil, der in den Jahren vor der Niedriglohnbeschäftigung ein Beschäftigungsverhältnis mit höherem Lohn hatte.

Lohnstatus von Niedriglohnbeschäftigten in den Vorjahren in Prozent

Abbildung 2



Personen 15 bis 64 Jahre; Jahre 2010 bis 2021.

Sonstige Erwerbstätige: Selbstständige, Auszubildende u. Ä., Beschäftigte ohne Angabe zum Stundenlohn; Inaktive: Arbeitslose und Nichterwerbstätige.

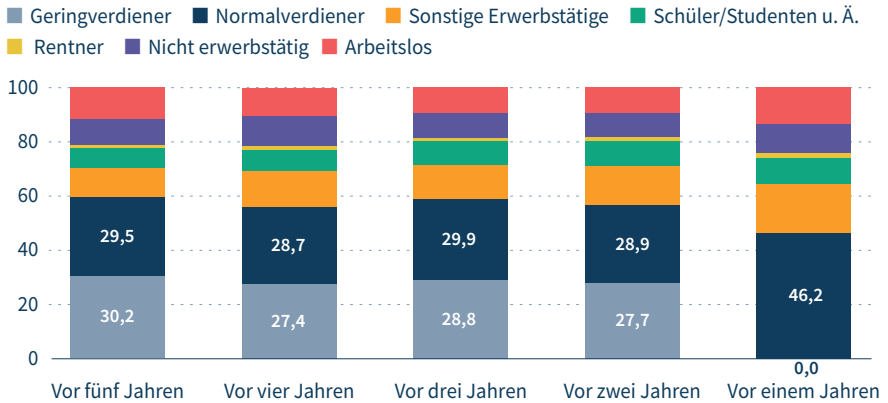
Quellen: SOEP v38.1; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 2: <https://dl.iwkoeln.de/index.php/s/43kEy94aHJLzkr>

Anders stellt sich der Befund dar, wenn nur Personen betrachtet werden, die neu in den Niedriglohnsektor eingetreten sind (Abbildung 3). Im Jahr unmittelbar zuvor ist Niedriglohnbeschäftigung logisch auszuschließen, weil es sich anderenfalls nicht um einen Eintritt handeln würde. Daher spielen mit einem Anteil von 46 Prozent Beschäftigungsverhältnisse mit höherem Lohn die wichtigste Rolle. Gut ein Drittel der neu im Niedriglohnsektor Beschäftigten rekrutiert sich aus dem Kreis der Inaktiven, insbesondere aus Arbeitslosen und Nichterwerbstätigen, die ein Viertel der Eintretenden stellen. Zuvor Auszubildende gehören der Kategorie „sonstige Erwerbstätige“ an. Zusammen mit Schülern und Studierenden ergibt sich ein Anteil von knapp 18 Prozent, die eine Beschäftigung im Niedriglohnsektor im Anschluss an eine Ausbildungsphase aufnehmen. Diese drei Gruppen – Normalverdiener, Berufseinsteiger und Inaktive – bestimmen im Wesentlichen die Eintritte in die Niedriglohnbeschäftigung. Von den Personen, die aus dem Normalverdienerstatus in den Niedriglohnsektor wechselten, gab knapp die Hälfte an, den Job gewechselt zu haben. Die andere Hälfte rutschte unter die Niedriglohngrenze, weil im bestehenden Beschäftigungsverhältnis die Niedrig-

Lohnstatus von Neueintritten in den Niedriglohnsektor in den Vorjahren in Prozent

Abbildung 3



Personen 15 bis 64 Jahre; Jahre 2010 bis 2021.

Sonstige Erwerbstätige: Selbstständige, Auszubildende u. Ä., Beschäftigte ohne Angabe zum Stundenlohn;

Inaktive: Arbeitslose und Nichterwerbstätige.

Quellen: SOEP v38.1; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 3: <https://dl.iwkoeln.de/index.php/s/5SP6NYcQmii43cr>

lohngrenze stärker stieg als der Lohn. Beim Blick auf die weiteren Jahre vor Eintritt in den Niedriglohnsektor spielt die Niedriglohnbeschäftigung wieder eine Rolle. Wiederkehrende Ein- und Austritte sind ein gängiges Muster. In der längeren Perspektive von fünf Jahren verteilt sich die Herkunft der Neueintritte auf die vier Gruppen Normalverdiener (29 Prozent), Geringverdiener (30 Prozent), Arbeitslose und Nichterwerbstätige (21 Prozent) und Berufseinsteiger (12 Prozent).

Ein nennenswerter Teil der Eintritte in den Niedriglohnsektor erfolgt aus dem Sektor der Normalverdiener heraus. Trotzdem sinkt im Zuge dieses Eintritts für diese Gruppe die Armutsgefährdung (Kasten) von 13,5 auf 11,9 Prozent. Entweder stieg mit dem Eintritt in Niedriglohnbeschäftigung die Anzahl gearbeiteter Stunden und damit das Erwerbseinkommen oder die Einkommensveränderungen der Niedriglohnbeschäftigten wurden durch andere Einkommensquellen des Haushalts, zum Beispiel Erwerbseinkommen des Partners, ausgeglichen. Insgesamt geht mit dem Eintritt in Niedriglohnbeschäftigung eine noch deutlichere Verbesserung der sozialen Lage

Armutsgefährdung

Kasten

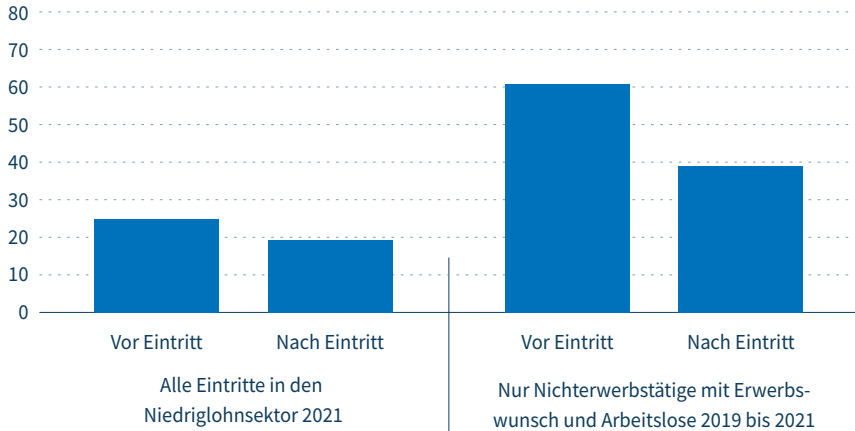
Die Armutsgefährdung wird anhand des Nettohaushaltseinkommens gemessen. Hier wurde das monatliche Einkommen im Befragungsmonat herangezogen. Zwar stehen auch Daten zum Jahreseinkommen zur Verfügung, die genauer sind, weil sie zum Beispiel Sonderzahlungen enthalten. Doch das jährliche Einkommen bezieht sich im SOEP immer auf das Vorjahr. Eine Verknüpfung mit den Angaben zum Beschäftigungsstatus, der sich auf den Befragungsmonat bezieht, ist daher problematisch – insbesondere, wenn es sich um instabile Beschäftigungsverhältnisse handelt. Um verschieden große Haushalte vergleichen zu können, wird das Einkommen mit der Haushaltsgröße anhand der neuen OECD-Äquivalenzskala gewichtet („Nettoäquivalenzeinkommen“). Die Armutsgefährdungsquote gibt den Anteil der Personen wieder, deren Nettoäquivalenzeinkommen geringer als 60 Prozent des mittleren Einkommens ist.

einher. Die Armutsgefährdung verringerte sich für Personen, die 2021 in Niedriglohnbeschäftigung eintraten, von 25 auf 19 Prozent oder fast ein Viertel (Abbildung 4). Noch weit deutlicher ist die Verbesserung der sozialen Lage, wenn nur Personen betrachtet werden, die sich vor dem Eintritt in den Niedriglohnsektor entweder als arbeitslos einstuften oder nichterwerbstätig waren, aber den Wunsch artikulierten, in absehbarer Zeit eine Beschäftigung aufzunehmen. Um eine ausreichende Fallzahl zu generieren, wurden hierbei die Angaben aus den Jahren 2019 bis 2021 kombiniert. In dieser Gruppe sank mit der Aufnahme einer gering entlohnten Beschäftigung die Armutsgefährdungsquote von 61 auf 39 Prozent. Die Möglichkeit der Aufnahme einer Beschäftigung im Niedriglohnbereich ist mithin für Personen, die zuvor vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen waren, ein Instrument des sozialen Aufstiegs.

Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnsektor sind häufig weniger stabil als Beschäftigungsverhältnisse, die ein höheres Anforderungs- und damit auch Lohnniveau aufweisen. Dafür spricht bereits der überproportionale Anteil geringfügig Beschäftigter im Niedriglohnbereich (Kalina, 2024). Da Niedriglohnbeschäftigungsverhältnisse üblicherweise eher geringe Qualifikationsanforderungen aufweisen und im Segment der Einfacharbeit zu verorten sind, spielt betriebsspezifisches Humankapital keine hervorzuhobende Rolle. Daraus könnte die Vermutung abgeleitet werden, dass ein sozialer Aufstieg, der durch die Aufnahme einer gering entlohnten Beschäftigung zu-

Armutsgefährdung beim Eintritt in den Niedriglohnsektor in Prozent

Abbildung 4



Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren.
 Quellen: SOEP v38.1; Institut der deutschen Wirtschaft

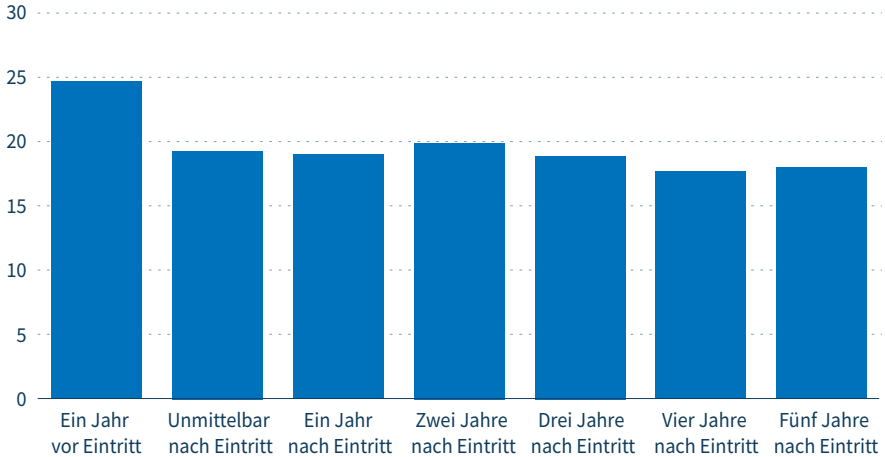
Abbildung 4: <https://dl.iwkoeln.de/index.php/s/AbqASq9eYgS7ych>

stande kam, gegebenenfalls von vorübergehender Natur sein könnte. Wenn sich dies bestätigen würde, wäre der Aufstieg von überschaubarem Wert und die Eignung der Niedriglohnbeschäftigung als geeignetes Vehikel des Aufstiegs stünde infrage. Die Betrachtung der Armutsgefährdungsquote von neu eingetretenen Niedriglohnbeschäftigten im Zeitablauf zeigt indes, dass die mit dem Eintritt einhergehende Verringerung der Armutsgefährdung keine vorübergehende Erscheinung ist, sondern zumindest im betrachteten Fünfjahreszeitraum stabil bleibt (Abbildung 5).

Erkennbar wird allerdings auch, dass im weiteren Zeitverlauf nach dem Eintritt keine weitere Verringerung der Armutsgefährdung beobachtet werden kann. Dies korrespondiert mit dem Befund von Schäfer (2021) auf Basis eines Matching-Modells, demzufolge der Eintritt in Niedriglohnbeschäftigung zu einem Vorteil beim kumulierten Erwerbseinkommen gegenüber vergleichbaren Personen führt, die keine gering entlohnte Beschäftigung aufgenommen haben. Dieser Vorsprung ist zwar stabil, erhöht

Armutsgefährdungsquote in Prozent nach Eintritt in Niedriglohnbeschäftigung

Abbildung 5



Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren. Jahre 2010 bis 2021.

Quellen: SOEP v38.1; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 5: <https://dl.iwkoeln.de/index.php/s/Kf2JnyNZ8izasAT>

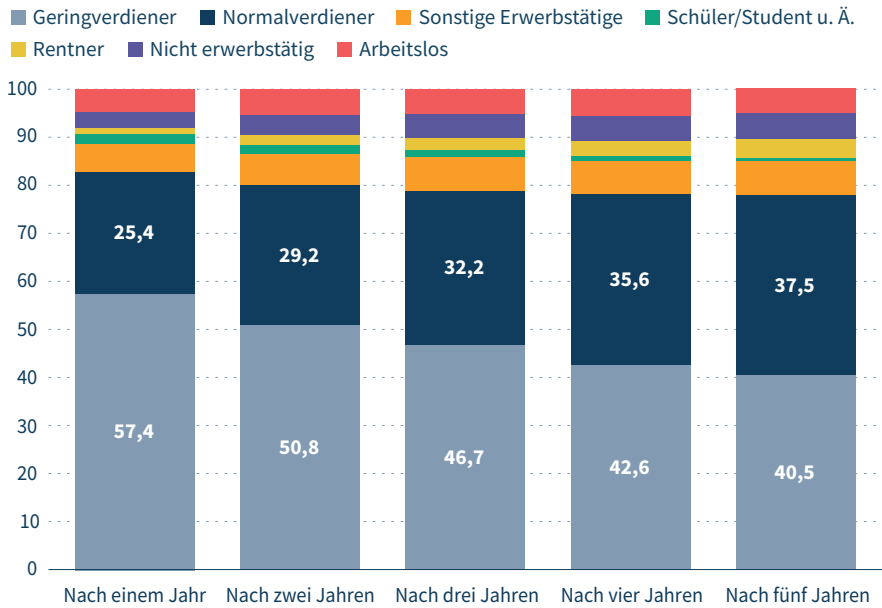
sich nach drei Jahren aber nicht mehr signifikant. Das legt einerseits den Schluss nahe, dass Niedriglohnbeschäftigung zwar mit sozialem Aufstieg einhergeht, aber nicht ausreichende Aufstiegschancen in höhere Lohnsegmente generiert, die einen weiteren sozialen Aufstieg nach sich ziehen könnten. Denkbar ist andererseits, dass sich die Reduzierung der Armutsgefährdung von Niedriglohnbeschäftigten, die einen weiteren Aufstieg in der Lohnhierarchie vollziehen, ausgleicht mit der (Wieder-)Erhöhung der Armutsgefährdung von Niedriglohnbeschäftigten, die wieder in Arbeitslosigkeit oder Nichterwerbstätigkeit zurückfallen. Nähere Einblicke in diese Frage bietet die Betrachtung der weiteren Erwerbsbiografie von Niedriglohnbeschäftigten.

Persistenz von Niedriglohnbeschäftigung

Über die Hälfte aller in den Jahren 2010 bis 2020 Niedriglohnbeschäftigten ist im darauffolgenden Jahr noch immer in einer gering entlohnten Beschäftigung tätig (Abbildung 6). Einem Viertel der Beschäftigten gelingt der Aufstieg in höhere Lohnsegmente.

Lohnstatus von Niedriglohnbeschäftigten in den Folgejahren in Prozent

Abbildung 6



Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren; Jahre 2010 bis 2021.
Quellen: SOEP v38.1; Institut der deutschen Wirtschaft

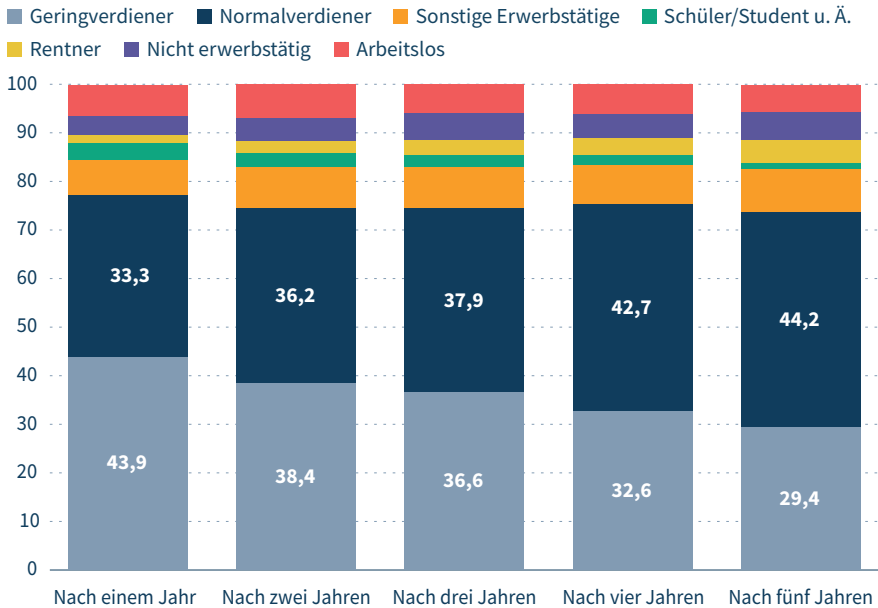
Abbildung 6: <https://dl.iwkoeln.de/index.php/s/CRDbJTWkgLiG4Dk>

Grabka und Göbler (2020) ermitteln auf gleicher Datenbasis ähnliche Größenordnungen – analysieren aber keine über mehrere Jahre zusammengefassten Einjahresübergänge, sondern den Vierjahresübergang 2015 bis 2018 sowie weitere, davorliegende Vierjahresübergänge.

Betrachtet man weitere Folgejahre, nimmt der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten ab, die noch immer oder schon wieder im Niedriglohnsektor beschäftigt sind. Nach fünf Jahren sind nur 40 Prozent der ursprünglich Niedriglohnbeschäftigten noch oder wieder im Niedriglohnbereich tätig. Dafür nimmt der Anteil der in höhere Lohnsegmente gewechselten Personen zu – nach fünf Jahren sind es mit 37 Prozent fast ebenso viele, die noch oder wieder zum Niedriglohn beschäftigt sind. Auch der Anteil der Übergänge

Lohnstatus von Eintritten in den Niedriglohnsektor in den Folgejahren in Prozent

Abbildung 7



Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren; Jahre 2010 bis 2021.

Quellen: SOEP v38.1; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 7: <https://dl.iwkoeln.de/index.php/s/mTE62HdiDYiBff8>

in andere Erwerbszustände steigt mit fortgesetzter Dauer der Betrachtung. Die größte Rolle spielen dabei die Übergänge in die Nichterwerbstätigkeit und in die vorgezogene Rente.

Eine im Zusammenhang mit dem Anteil der Aufsteiger bedeutende Frage ist, ob sich die Aufstiegswahrscheinlichkeit im Lauf der Zeit verändert hat. Vermutet werden könnte, dass sich die Aufstiegschancen im Zuge der Verbesserung der Arbeitsmarktlage in den Jahren 2010 bis 2019 verbesserte und dann in der Coronakrise 2020 und 2021 einen Rückschlag erlitt, mithin eine Verbindung zur allgemeinen Arbeitsmarktlage besteht. Diese These kann anhand der vorliegenden Daten nicht gestützt werden. Vielmehr

schwankte die Aufstiegsquote im betrachteten Zeitraum zwischen 21 und 28 Prozent, aber ohne dabei einen Trend oder eine Korrelation zur Arbeitsmarktlage aufzuweisen. Gleichsam stabil zwischen 55 und 61 Prozent war der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten, die im Folgejahr in Niedriglohnbeschäftigung verblieben.

Dynamischer stellen sich die Erwerbsbiografien dar, wenn lediglich Personen betrachtet werden, die neu in den Niedriglohnsektor eingetreten sind (Abbildung 7). Unter diesen schaffte nach einem Jahr bereits ein Drittel den Aufstieg in höhere Lohnsegmente, während weniger als die Hälfte im Niedriglohnsektor verblieben. Der Anteil der Aufsteiger nahm mit jedem weiteren betrachteten Jahr zu. Nach fünf Jahren waren bereits 44 Prozent in einem höheren Lohnsegment – ein höherer Anteil als der von Personen, die im Niedriglohnsektor verharrten. Auch in dieser Betrachtung spielen andere Erwerbszustände eine untergeordnete, aber zunehmende Rolle. Die erhöhte Aufstiegsinzidenz unter den neu eingetretenen Niedriglohnbeschäftigten unterstreicht die Vermutung, dass es bei Niedriglohnbeschäftigung entweder zu Pfadabhängigkeiten kommt, das heißt, die Niedriglohnbeschäftigung im Ausgangsjahr erhöht die Wahrscheinlichkeit einer Niedriglohnbeschäftigung im Folgejahr. Oder der Niedriglohnsektor ist durch zwei verschiedene Gruppen Beschäftigter gekennzeichnet: eine Gruppe, die vergleichsweise stabil im Niedriglohnbereich beschäftigt ist und eine zweite Gruppe, die häufiger den Lohnstatus wechselt, etwa im Anschluss an eine abgeschlossene Ausbildung.

Determinanten des Aufstiegs in höhere Lohnsegmente

Um die Vermutung von Pfadabhängigkeiten zu testen, wurden zwei Logit-Modelle der Wahrscheinlichkeit des Aufstiegs in höhere Lohnsegmente geschätzt. In beiden Modellen wird die binäre abhängige Variable gebildet, indem alle Personen eine Null („kein Aufstieg“) erhalten, wenn sie im Ausgangsjahr im Niedriglohnsektor beschäftigt waren und im Folgejahr entweder immer noch eine Niedriglohnbeschäftigung ausübten oder in Nichterwerbstätigkeit oder Arbeitslosigkeit wechselten. Eine erste Variante wurde gebildet, indem nur Nichterwerbstätige berücksichtigt wurden, die zugleich auch die Aufnahme einer Beschäftigung anstrebten. Eine zweite Variante berücksichtigt nur Personen, die sowohl im Ausgangs- als auch im Folgejahr im Niedriglohnsektor beschäftigt waren. Da die Befunde dieser beiden Varianten nicht

wesentlich von denen der Hauptvariante abweichen, werden sie im Folgenden nicht weiter ausgeführt. Eine Eins in der abhängigen Variable („Aufstieg“) erhalten Personen, die im Ausgangsjahr im Niedriglohnsektor beschäftigt sind und im Folgejahr in einem darüber liegenden Lohnsegment, wobei das Ausmaß der Verbesserung in der Lohnhierarchie außer Betracht bleibt.

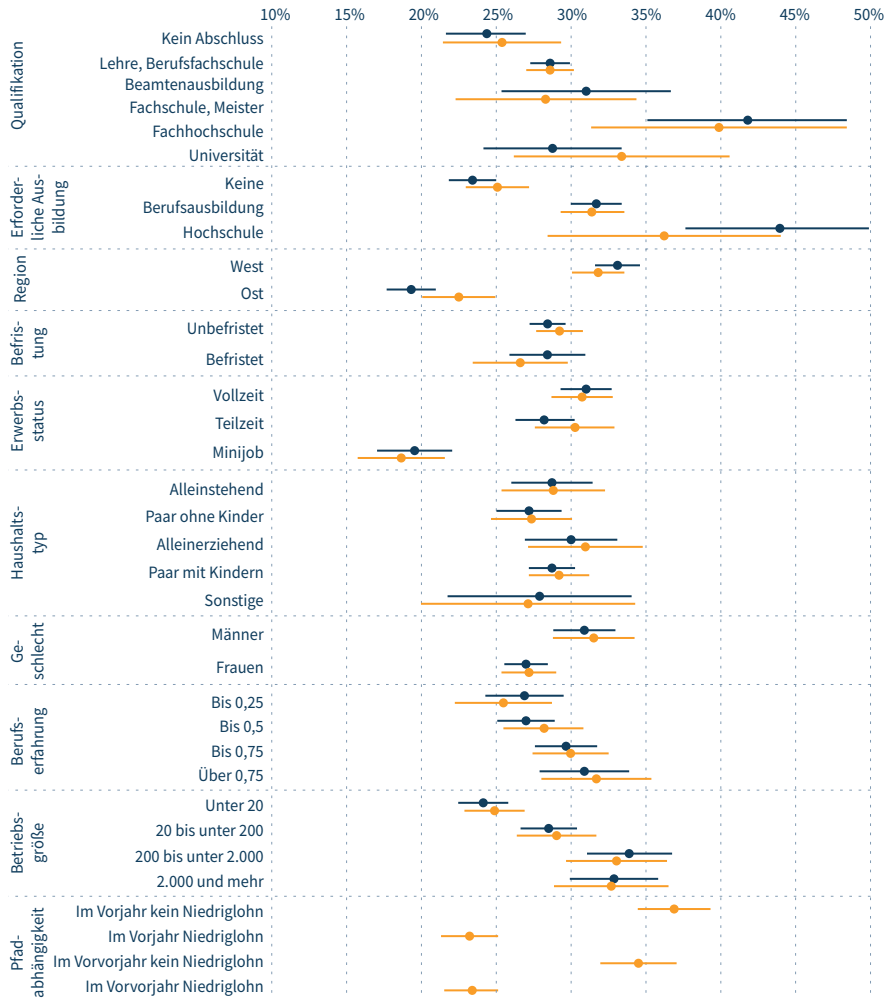
Das erste Schätzmodell beinhaltet verschiedene personen- und arbeitsplatzbezogene unabhängige Variablen. Das zweite Schätzmodell nimmt darüber hinaus zwei Variablen hinzu, die den Lohnstatus der Vorjahre wiedergeben. Die Schätzungen zeigen, dass viele Merkmale unabhängig vom Schätzmodell einen signifikanten Einfluss ausüben (Abbildung 8). Wenig überraschend ist, dass sowohl hinsichtlich der Qualifikation als persönliches Merkmal als auch hinsichtlich des qualifikatorischen Anforderungsniveaus der Tätigkeit ein höherer Abschluss mit einer erhöhten Aufstiegschance einhergeht. Ein akademischer Abschluss als Personenmerkmal ist im Vergleich zur Situation ohne beruflichen Abschluss auf 99-Prozent-Niveau signifikant mit einer erhöhten Aufstiegschance verbunden. Die Differenz zwischen Beschäftigten ohne Abschluss und solchen mit Fachhochschulabschluss ist mit 18 Prozentpunkten (Modell 1) und 15 Prozentpunkten (Modell 2) beträchtlich. In einer vergleichbaren Größenordnung liegen die Effekte für das berufliche Anforderungsniveau.

Niedriglohnbeschäftigte in westdeutschen Bundesländern weisen eine höhere Aufstiegschance auf als solche in den ostdeutschen. Der Effekt ist signifikant auf einem 99-Prozent-Niveau und angesichts des allgemein höheren Lohnniveaus in Westdeutschland erwartbar. Beim Erwerbsstatus der im Ausgangsjahr ausgeübten Niedriglohnbeschäftigung sind keine Unterschiede bei der Aufstiegschance zwischen Voll- und Teilzeitbeschäftigten auszumachen. Eine auf 99-Prozent-Niveau signifikant niedrigere Aufstiegschance ist indes bei geringfügig Beschäftigten erkennbar. Ein nicht zufälliger Einfluss kann bei der um das Alter bereinigten Berufserfahrung sowie der um das Alter bereinigten Historie der Arbeitslosigkeit festgestellt werden, die als Indikator der Arbeitsmarktnähe interpretiert werden können: Je länger die Berufserfahrung je Lebensjahr und je kürzer die kumulierte Dauer von Arbeitslosigkeitsphasen je Lebensjahr sind, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit eines Aufstiegs in höhere

Schätzung der Wahrscheinlichkeit eines Aufstiegs aus der Niedriglohnbeschäftigung

Abbildung 8

Punktschätzung und 95-Prozent-Konfidenzintervall



Average Adjusted Predictions nach Williams (2012); Modell 1 (blau) ohne Pfadabhängigkeiten, Modell 2 (orange) mit Pfadabhängigkeiten. Weitere Kontrollen: Branchen (15), Jahre (11), Alter (metrisch), Jahre der Arbeitslosigkeit je Lebensjahr über 15 (metrisch); Berufserfahrung: Jahre Vollzeitbeschäftigung + 1/2 Jahre der Teilzeitbeschäftigung je Lebensjahr über 15; Jahre 2010 bis 2021.

Modell 1: n = 19.532; Pseudo-r²: 0,080; Modell 2: n = 12.418; Pseudo-r²: 0,124. Quellen: SOEP v38.1; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 8: <https://dl.iwkoeln.de/index.php/s/qz8ymZtJkZ4WYfD>

Lohnsegmente. Von Bedeutung ist ferner die Betriebsgröße. Eine signifikant geringere Aufstiegschance haben Niedriglohnbeschäftigte, die in kleineren Betrieben mit bis zu 20 oder mit 20 bis unter 200 Beschäftigten arbeiten. Denkbar wäre, dass größere Unternehmen mehr unterschiedliche Karrierepfade eröffnen und breitere Entwicklungsmöglichkeiten bieten können. Als signifikanter für die Aufstiegschance erwies sich ferner das Lebensalter: Pro Jahr verringert sich die Aufstiegschance um 1,3 Prozent (Modell 1) beziehungsweise 1,1 Prozent (Modell 2).

Eine ganze Reihe unabhängiger Variablen zeigten keinen signifikanten Einfluss. Dazu gehören die Befristung der Niedriglohnbeschäftigung im Ausgangsjahr, der Haushaltstyp, das Geschlecht sowie das Ausgangsjahr. Somit bestätigt sich der deskriptive Befund, demzufolge sich die Aufstiegschance im Lauf der Jahre nicht wesentlich verändert hat. Als teilweise signifikant haben sich Brancheneffekte erwiesen, wobei diese sich zwischen den beiden Schätzmodellen unterscheiden. Gemeinsam sind den Modellen die geringen Aufstiegschancen in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Handel und Gastgewerbe. Überdurchschnittliche Aufstiegschancen sind vor allem im Bau erkennbar. Überdurchschnittlich schneiden auch die staatsnahen Dienstleistungsbereiche öffentliche Verwaltung, Erziehungswesen und Gesundheits- und Sozialwesen ab sowie die Metall- und Elektro-Industrie.

Die in Modell 2 geschätzten Variablen der Niedriglohnbeschäftigung in den Vorjahren erweisen sich als hochsignifikant. Wer bereits im Vorjahr niedriglohnbeschäftigt war, weist unter sonst gleichen Bedingungen eine um 14 Prozentpunkte niedrigere Aufstiegschance auf. Bei einer Niedriglohnbeschäftigung im Vorvorjahr beträgt die Lücke noch 11 Prozent. Eine alternative Formulierung der Schätzungsgleichung zeigt, dass sich die Effekte kumulieren. Wer sowohl im Vorjahr als auch im Vorvorjahr bereits niedriglohnbeschäftigt war, dessen Aufstiegschance liegt um 25 Prozent niedriger als bei Personen, die weder im Vorjahr noch im Vorvorjahr niedriglohnbeschäftigt waren. Die Vermutung, dass im Kontext von Niedriglohnbeschäftigung Pfadabhängigkeiten vorliegen, kann durch die empirischen Befunde somit bestätigt werden.

Fazit

Auch wenn viele Niedriglohnbeschäftigte in ihrer Erwerbsbiografie bereits zuvor zu einem Niedriglohn beschäftigt waren, spielt der Niedriglohnsektor eine Rolle für den Einstieg in den Arbeitsmarkt. Menschen, die eine Beschäftigung im Niedriglohnsektor annehmen, verbessern dadurch – gemessen an der Armutgefährdungsquote – im Durchschnitt ihre soziale Position, und zwar durchaus auf lange Sicht. Bestrebungen, den Niedriglohnsektor mit gesetzlichen Maßnahmen einzuhegen, laufen daher Gefahr, diese sozialen Aufstiegsmöglichkeiten zu verbauen.

Sinnvoller erscheint es, Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen Niedriglohnbeschäftigung möglich bleibt, etwa um geringproduktiven Arbeitnehmern die Möglichkeit der Teilhabe am Arbeitsmarkt zu bieten. Gleichzeitig sollten aber Einsperreffekte verhindert werden und stattdessen eine größtmögliche Dynamik in höhere Lohnsegmente entstehen. Die empirische Untersuchung belegt, dass diese Dynamik ausbaufähig ist, weil Pfadabhängigkeiten existieren. Das heißt, die fortgesetzte Ausübung einer Niedriglohnbeschäftigung verringert die Chance auf einen Aufstieg in höhere Lohnsegmente. Dies kann als soziales Problem aufgefasst werden, da die Akzeptanz von Lohndifferenzen in stärkerem Maß gegeben ist, wenn es Aufstiegsmöglichkeiten gibt. Solche Lohndifferenzen können für eine effiziente Allokation von Arbeit bedeutend sein, etwa um Anreize für die Bildung von Humankapital zu bieten.

Die empirische Untersuchung kann Hinweise auf Faktoren geben, die Aufstiegschancen determinieren. Einige davon sind Ansatzpunkte für arbeitsmarktpolitische Handlungsfelder. So verbessert der Abschluss einer Berufsausbildung die Aufstiegs-wahrscheinlichkeit um 3 bis 4 Prozentpunkte, sodass die (Weiter-)Qualifizierung nicht nur für den Einstieg in Arbeit, sondern auch für den weiteren Aufstieg in der Lohnhierarchie hilfreich ist. Eine niedrighschwellige Möglichkeit besteht zum Beispiel durch Teilqualifizierungen. Gleichsam verringert eine geringfügige Beschäftigung die Aufstiegs-wahrscheinlichkeit gegenüber einer Teilzeitbeschäftigung um 9 bis 12 Prozentpunkte. Insofern wären Maßnahmen angebracht, die eine Ausweitung der individuellen Arbeitszeit für geringfügig Beschäftigte attraktiv erscheinen lassen. Nicht zu vernachlässigen ist ferner der Wert von Berufserfahrung an sich. Die Ausübung oder Aufnahme einer Beschäftigung sollte bei der Auswahl arbeitsmarktpolitischer Inte-

grationsbemühungen daher eine gewisse Priorität haben. Dies stellt die Abschaffung des Vermittlungsvorrangs für Bürgergeldempfänger ebenso infrage wie die lange Zeit angewandte Strategie, Migranten zunächst Sprach- und Integrationskurse absolvieren zu lassen und die Integration in Arbeit hintenanzustellen.

Offen bleibt indes, warum es jenseits aller gemessenen und theoretisch herleitbaren Einflussfaktoren eine Pfadabhängigkeit dahingehend gibt, dass Niedriglohnbeschäftigung per se Aufstiegschancen verringert. Keine tragfähige Erklärung bietet die Vermutung, dass Niedriglohnbeschäftigte in überdurchschnittlichem Maß den Wechsel des Arbeitsplatzes scheuen. Denn bei den im Niedriglohnsektor dominierenden einfachen Tätigkeiten dürfte der mit einem Arbeitsplatzwechsel einhergehende Verlust betriebspezifischen Humankapitals keine hervorgehobene Rolle spielen. Denkbar wäre indes, dass über längere Zeit Niedriglohnbeschäftigte keine finanziellen Reserven bilden können, die einen örtlichen Wechsel zu besser bezahlten Beschäftigungsverhältnissen erlauben würden. Eine andere Erklärung wäre ein Stigmatisierungseffekt, demzufolge eine längere Beschäftigung im Niedriglohnsektor potenziellen Arbeitgebern das Signal sendet, dass es sich um einen produktivitätsschwachen Arbeitnehmer handelt. In dieser Frage besteht weiterer Forschungsbedarf, um Maßnahmen zu finden, mit denen Einsperreffekte minimiert werden können.

Literatur

Bönke, Timm et al., 2020, Aufstieg durch Einstieg, Berlin

Dütsch, Matthias / Himmelreicher, Ralf, 2020, Characteristics Contributing to Low- and Minimum-Wage Labour in Germany, in: Journal of Economics and Statistics, 240. Bd., Nr. 2–3, S. 161–200

Goebel, Jan et al., 2019, The German Socio-Economic Panel Study (SOEP), in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 239. Bd., Nr. 2, S. 345–360

Grabka, Markus, 2024, Niedriglohnsektor in Deutschland schrumpft seit 2017, in: DIW Wochenbericht, 91. Jg., Nr. 5, S. 68–76

Grabka, Markus / Göbler, Konstantin, 2020, Der Niedriglohnsektor in Deutschland. Falle oder Sprungbrett für Beschäftigte?, Gütersloh

Kalina, Thorsten, 2024, Niedriglohnbeschäftigung 2021 – Langfristiger Rückgang nur in Ostdeutschland, IQA-Report, Nr. 2024-03, Duisburg

Pusch, Toralf / Schulten, Thorsten, 2019, Mindestlohn von 12 Euro: Auswirkungen und Perspektiven, in: Wirtschaftsdienst, 99. Jg., Nr. 5, S. 335–339

Schäfer, Holger, 2021, Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland: Chance oder Risiko?, in: IW-Trends, 48. Jg., Nr. 4, S. 23–44

Schäfer, Holger / Schmidt, Jörg, 2012, Der Niedriglohnsektor in Deutschland, IW-Analysen, Nr. 77, Köln

Schäfer, Holger / Schmidt, Jörg, 2014, Einstieg in Arbeit. Die Rolle der Arbeitsmarktregulierung, IW-Policy Paper, Nr. 15, Köln

Schnabel, Claus, 2016, Low-wage employment, IZA World of Labor, Nr. 276, Bonn

Statistisches Bundesamt, 2024, 1,1 Millionen weniger Niedriglohnjobs im April 2023 gegenüber April 2022, Pressemitteilung, Nr. 050, 8.2.2024 https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/02/PD24_050_62.html [27.8.2024]

Williams, Richard, 2012, Using the margins command to estimate and interpret adjusted predictions and marginal effects, in: The Stata Journal, 12. Jg., Nr. 2, S. 308–331

Employment Dynamics in the Low-wage Sector

In 2021 around 13 per cent of the working-age population, or 19 per cent of those in dependent employment, were receiving a low wage, showing that this pay segment is continuing to decline. The fact that these workers had often been employed in low-wage jobs earlier in their working lives could indicate insufficient opportunities to improve their earning power. Nevertheless, the low-wage sector is an important step for those entering the labour market and for social advancement: workers taking up a low-wage job for the first time reduced their long-term risk of poverty by around 6 percentage points. Policy measures aimed at containing the low-wage sector therefore run the risk of reducing such upward mobility. Rather, conditions should be created that facilitate progress to higher wage segments, such as training opportunities and incentives to expand individual working hours beyond a marginal employment level. However, the probability of advancement from low-wage employment to higher pay segments can be seen to be path-dependent. In the present study, a three-year period consisting of the current, the previous, and the following year is considered, and the probability of progressing from the low-wage sector in the current year to higher wage segments in the following year is calculated. The results show that the chance of such an advance is 14 percentage points lower if the person was already in low-wage employment in the preceding year. Further research is needed to find ways of reducing these path dependencies.